

Gernot Facius

**Zweierlei Schicksal:
Vertriebene damals, Migranten heute.**

Ein Begriff macht eine steile Medienkarriere: „Schicksalsvergleich“. Man stößt auf ihn in den Kommentarspalten der Zeitungen, man findet ihn in wissenschaftlichen Publikationen, und gelegentlich taucht er auch im Fernsehen auf. In einer Sendung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) hieß es: „Hört sich an wie das Schicksal einer Syrerin, oder? Es ist aber die Geschichte von Gertrud Weißenborn, die 1945 aus Königsberg flieht.“ Der Sender ließ angesichts der aktuellen Flüchtlingsdebatte historische Texte von Deutschen mit Fluchterfahrung oder Vertreibungshintergrund verlesen. Das führt zu der Frage: Sind die aus den Unruhegebieten in Nahost, Afrika oder Asien nach Europa strömenden Menschen Schicksalsgefährten der deutschen Heimatvertriebenen?

Selbst Bernd Posselt, der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, dachte in diese Richtung, als er sich 2015 zum deutschen Gedenktag an die Massenvertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg äußerte. Allerdings machte er dann doch eine Einschränkung: Man könne das Schicksal beider Gruppen nicht völlig gleichsetzen. Der Grund liegt auf der Hand. Flucht und Vertreibung aus dem deutschen Osten, dem Sudetenland und anderen deutschen Siedlungsgebieten besaßen einen absoluten Zwangscharakter - was sich für die meisten der Ankömmlinge von heute so nicht sagen lässt. Und außerdem handelte es sich damals um Landsleute, Men-

schen mit derselben Nationalität und Sprache, zum Teil mit derselben religiösen Prägung. Es waren eben „nicht Migranten, sondern Deutsche“, wie der CSU-Politiker Markus Söder 2011 bei den Kulturtagen der Banater Schwaben klarstellte. Ein Vergleich mit heutigen Flüchtlingen führe „nicht nur in die Irre, er ist auch falsch“, warnte der Historiker Mathias Beer (Tübingen). Die Leidensgeschichte der deutschen Heimatvertriebenen unter dem Stichwort „Migration“ abzuhandeln, käme in der Tat einer Verharmlosung dieses monströsen völkerrechtswidrigen Vorgehens gleich – da ist dem BdV-Präsidenten Bernd Fabritius zuzustimmen.

Dass historische Vergleiche danebengehen können, daran gibt es keinen Mangel. Ich erinnere nur daran, dass sich so mancher Politiker in die Nesseln gesetzt hat. Zum Beispiel im Jahr 2008 der damalige CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Georg Schmid, der mittlerweile von der politischen Bühne verschwunden ist. Auf offiziellem Fraktionspapier lieferte der „Schüttelschorsch“ eine eigenwillige Interpretation von Integration ab: „Nach dem Zweiten Weltkrieg ist es zum Beispiel im Freistaat Bayern gelungen, dass Vertriebene zu selbstbewussten Bayern mit sudetendeutschen Wurzeln wurden. Warum soll das im 21. Jahrhundert nicht mit den Türken möglich sein?“ Mit dieser Aussage löste Schmid landesweit Empörung aus. Der CSU-Generalsekretär empfahl seinem Parteifreund, sich einer Geschichtsstunde zu unterziehen.

Es werden aber immer öfter gewagte Vergleiche angestellt. Für den Privatdozenten Stephan Scholz (Jahrgang 1971) von der Universität Oldenburg ist der „Schicksalsvergleich“ mit aktuellen Flüchtlingen und Zuwanderern ein neues Phänomen. Diese Beobachtung, wiedergegeben in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschehen“ der Bonner Bundeszentrale für politische Bildung, ist nicht falsch. In

der Tat war es noch zu Beginn der 1990er Jahre, als die Zahl der Asylsuchenden schon einmal stark angestiegen war, unüblich, die deutsche Erfahrung von „Flucht und Vertreibung“ zu den derzeitigen Vorgängen in ein Verhältnis zu setzen. Erst Mitte der 1990er rief der Volkskundler Albrecht Lehmann, der den erzählenden Umgang von Ost- und Sudetendeutschen mit ihrer Vertreibungserfahrung untersuchte, dazu auf, sich stärker einer solchen Perspektive zuzuwenden, um „in der Öffentlichkeit das Bewusstsein am Leben zu erhalten oder zu wecken, dass es in diesem Jahrhundert schon einmal gelungen ist, die Situation eines teils friedlichen teils konfliktreichen Kulturkontakts im Kontext einer Masseneinwanderung im Interesse beider Gruppen erfolgreich zu bestehen.“

Man ahnt, worauf er mit diesem Bandwurmsatz vor allem auf hinauswill: auf das Zauberwort Integration. Es wird zu einem Schlüsselbegriff in der aktuellen „Flüchtlings“-Debatte. Unmittelbar nach dem Krieg und der Vertreibung war dieser Begriff noch völlig unbekannt. Es gab das schlichte deutsche Wort „Eingliederung“. Erst Jahrzehnte später begann man, zumindest im Westen Deutschlands, in Politik und Publizistik von der „letztlich erfolgreichen Integration“ zu sprechen. Sie wurde nachträglich in den Rang eines positiven Gründungsmythos erhoben. Allerdings sagte im Jahr 2000 der damalige Bundespräsident Johannes Rau, dass die Integration „am Anfang alles anderes als leicht war“. Wohl wahr! „Tatsächlich waren bis weit in die 1950er Jahre hinein, Ablehnung, Diffamierung und blanker Hass an der Tagesordnung, inklusive rassistischer Vorurteile von Deutschen gegen Deutsche“, war 2016 im Deutschlandfunk zu hören. „Willkommenskultur“? Damals ein fremdartiger Begriff.

Sieben Jahrzehnte nach der Massenvertreibung sollte es erlaubt sein, daran zu erinnern, wie dieser Vorgang im damaligen Rumpf-

deutschland rezipiert wurde. Es kamen Deutsche zu Deutschen. Dennoch gab es das, was wir heute „Überfremdungsängste“ nennen. Im Emsland, aber nicht nur dort, hielt sich lange die Redensart von den drei größten Plagen: Wildschweine, Kartoffelkäfer und Flüchtlinge. In Schleswig-Holstein riefen Dithmarscher Bauern, als sie die ihnen von den Behörden zugewiesenen Vertriebenen und Flüchtlinge sahen: „In de Nordsee mit dat Schiet!“ Kein Einzelfall. In Hessen wurde ein Weingutsbesitzer im Rheingau, ein promovierter Ökonom, vom Landgericht Wiesbaden zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Mann hatte sich hinreißen lassen zu sagen: „Ihr Flüchtlinge gehört alle nach Auschwitz in den Kasten.“ Im Fastnachtzug im badischen Lahr wurde Ende der 1940er Jahre ein Transparent mitgeführt, auf dem zu lesen war: „Badens schrecklichster Schreck: der neue Flüchtlingstreck.“ Diffamierende Sprüche sind auch aus anderen Teilen der Republik bekannt. Auch aus Bayern. Professor Friedrich Prinz hat in seinem Büchlein „Szenenwechsel“ anschaulich beschrieben, was damals so alles möglich war. So musste das bayerische Staatskommissariat für Flüchtlinge und Vertriebene in einem Erlass ausdrücklich darauf hinweisen, dass es verboten sei, Flüchtlinge oder Heimatvertriebene außerhalb der Friedhöfe zu bestatten. Wohlgemerkt: Der Sudetendeutsche Friedrich Prinz schilderte Vorgänge in Bayern, einem direkten Nachbarn der Sudetendeutschen. Heute gehört die „gelungene Eingliederung“ zu den Standardreden der Politiker bei Treffen von Vertriebenen.

Ich habe in meinem Buch „Getäuscht und allein gelassen – Die deutschen Vertriebenen: Von Opferverbänden zu Trachtenvereinen?“ die Frage gestellt, was damit alles verbunden wird und gleich darauf eine Antwort gegeben: Den Deutschen aus den Ostgebieten, dem Sudetenland oder aus den Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa soll zu verstehen gegeben werden, dass sie nichts mehr

zu fordern haben. Den Nichtvertriebenen, den „Einheimischen“, schmeichelt man, dass sie seinerzeit alles richtiggemacht haben. Unter den Tisch fallen die ungelösten politischen und moralischen Fragen. „Bei Unrecht gibt es keinen Schlussstrich“, sagte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Hans-Jürgen Papier. Hält sich die deutsche Politik daran?

Gewisse „Schicksalsvergleiche“, darin ist Stephan Scholz zustimmen, wurden freilich bereits zu Beginn des deutschen Erinnerns an Flucht und Vertreibung angestellt, nur nahmen sie seinerzeit eine andere Richtung: „Dominant war in den ersten Nachkriegsjahren bis in die 1960er Jahre hinein der Vergleich von Vertriebenen und Einheimischen. In konfliktträchtiger Weise wurden insbesondere die erlittenen Kriegsverluste und der daraus resultierende Opferstatus gegeneinander aufgerechnet ... Innerhalb der deutschen Bevölkerung war das Gefühl verbreitet, zu dem auch kulturelle Differenzen beitrugen, zwei getrennten Schicksalsgemeinschaften anzugehören.“ Politiker und die Verbände der Vertriebenen betonten immer wieder die nationale Zusammengehörigkeit, um die wirtschaftlich und kulturell bedingten Differenzen aufzulösen. Der gemeinsame Wiederaufbau des am Boden liegenden Landes führte tatsächlich zu einem wachsenden Zusammengehörigkeitsgefühl, so dass in den 1980er Jahren „Schicksalsvergleiche“ zwischen Einheimischen und Vertriebenen „auch rückblickend kaum noch angestellt wurden“, wie der Migrationsforscher Klaus J. Bade herausfand. Die Überfremdungsängste, die Teile der nicht aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen beherrschten, waren überwunden.

Was heute als politisch bedenklich empfunden würde, war in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland ohne weiteres möglich: ein Schicksalsvergleich“ zwischen Vertriebenen und NS-Op-

fern, insbesondere Juden. 1950, im Jahr der Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, schrieb der Soziologe Professor Eugen Lemberg: „Was Juden durch Deutsche zugefügt wurde, ist diesen von Tschechen und Polen widerfahren.“ Selbst SPD-Bundestagsabgeordnete zögerten nicht, die Vertreibung als „Völkermord“ zu bezeichnen. So zum Beispiel Jakob Altmaier, nachzulesen im Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages vom 8. Juli 1954. Das ist besonders interessant, war doch der zitierte Abgeordnete jüdischer Herkunft und aus der Emigration zurückgekehrt.

In den 1970er Jahren, im Zuge der so genannten „neuen Ostpolitik“ der Bundesregierung Brandt/Scheel, wendete sich das Blatt. Es war nun verpönt, einen „Schicksalsvergleich“ mit den Opfern der NS-Politik anzustellen. Ausnahmen bestätigten eher die Regel. Eine solche Ausnahme machte, wenn auch später, der Historiker Andreas Kossert, der für die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin tätig ist und 2008 das Buch „Kalte Heimat“ herausgebracht hat. Kossert schrieb darin von einem „Rassismus“ gegen Vertriebene aus dem Osten, gegen die nach 1945 gehetzt worden sei wie „zuvor gegen Juden und Slawen“. Die deutschen Heimatvertriebenen wurden in Deutschland-West brutal ausgegrenzt. In Mitteldeutschland, der damaligen „DDR“, war das Wort „Vertriebene“ verpönt. „Umsiedler“ hieß es hier vernebelnd, denn man wollte oder durfte den „sozialistischen Bruderstaaten“, aus denen die Deutschen verjagt wurden, nicht auf die Füße treten.

Ein neues Opferbewusstsein begann sich dann, Jahre später, mit der deutschen Vereinigung vom 3. Oktober 1990 abzuzeichnen. Durchaus korrekt konstatiert der Oldenburger Privatdozent Scholz in der Zeitschrift „Berliner Republik“ eine erneute Hinwendung breiter gesellschaftlicher Kreise zu den deutschen Kriegsopfern, zunächst zu den Luftkriegstoten und dann zu den Vertriebenen. Die Ereignis-

nisse im ehemaligen Jugoslawien regten Ende der 1990er Jahre zu einem weiteren „Schicksalsvergleich“ an, in dem die deutschen Heimatvertriebenen nun rückblickend ebenfalls als Opfer „ethnischer Säuberungen“ erschienen. Das Konstrukt eines „Jahrhunderts der ethnischen Säuberungen“, so Stephan Scholz, habe Vertreibung und Völkermord wieder näher aneinander rücken lassen. Die Initiatoren und Ideengeber des „Zentrums gegen Vertreibungen“ um Erika Steinbach (damals CDU) und Peter Glotz (SPD), das gedanklich Pate stand für die heutige Berliner Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, nannten die Vertreibung einen „Genozid“. Der Holocaust, resümiert Scholz, bildete in der gesellschaftlichen Debatte nun den „allgegenwärtigen Bezugspunkt im Hintergrund, während direkte Vergleiche eher mit anderen Genoziden, vor allem mit dem Völkermord an den Armeniern gezogen wurden“.

Die Geschichte der deutschen „Flucht und Vertreibung“, meint der Oldenburger Historiker, sollte stärker in eine „umfassende Migrationsgeschichte“ eingebettet und als solche in das allgemeine Bewusstsein der Gesellschaft gerufen werden. Dies könnte auch „Anknüpfungspunkte“ für die steigende Zahl der Nachkommen nicht-deutscher Zuwanderer für diesen Teil deutscher Geschichte bieten und dazu beitragen, „der Falle einer einseitig nationalen Betrachtung oder eines auf die Opferperspektive verengten Diskurses zu entgehen“. Darüber darf zu Recht gestritten werden. Denn manche Entwicklung trägt nicht zur Klarheit, eher zur Vernebelung eines schwierigen Sachverhalts bei. Übrigens auch durch die deutsche Auswärtige Kulturpolitik. Ich nenne hier nur die Bedingungen, unter denen Veranstaltungen beispielsweise der deutschen Minderheit im heutigen Polen gefördert werden.

Etwa die Konferenz „Europa und Polen in Zeiten der Migration“, die Mitte Mai 2017 in Posen stattfand. Bereits im Oktober 2016

hatte sich in Groß Stein ein „Schlesienseminar“ dieser Thematik angenommen: „Migration aus den Perspektiven schlesischer, deutsch-polnischer und europäischer Erfahrungen“. Sarkastischer Kommentar in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“: „Wenn wir erst einmal alle Migranten sind oder waren, dann können wir auch alle glücklich und zufrieden zusammenleben. Ganz egal, ob wir nun Nachkommen von Hugenotten, Germanen oder Osmanen sind.“ Auch die Berliner Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hat mit diesem Problem zu kämpfen.

*

Die Aufnahme und Verteilung von nach Europa strömenden Menschen ist ein zu komplexes Problem, um mit einfachen Antworten darauf zu reagieren. Es gibt allerdings gewisse Muster, die sich, schaut man zurück in die Geschichte, wiederholen. Zum Beispiel bei unseren tschechischen Nachbarn in Bezug auf Europa. Hier hat man es in der Tat mit „Dämonen und Ängsten“ zu tun, wie der Chefredakteur der Prager Wochenzeitschrift „Respekt“, Erik Tabery, meines Erachtens zu Recht erkannte. Der in Winterberg (Böhmerwald) geborene Tabery führt die Verweigerung gegenüber den Fremden indirekt auf die „Deutschen-Phobie“ zurück. Obwohl in der Tschechischen Republik fast kein Flüchtling lebe, zeichneten sogar sogenannte seriöse Medien und die Politik ein Bild der Apokalypse, als ob die Zerstörung Europas bevorstünde. In seiner 20jährigen Tätigkeit habe er eine solche Hasskampagne nicht erlebt, gestand der tschechische Publizist.

Ein Sicherheitsproblem, das sich bei der Aufnahme der Ost- und Sudetendeutschen nicht stellte: Zwei von drei der heutigen Schutzsuchenden kam und kommen ohne brauchbare Papiere ins Land. Die Folge: Bei vielen der monatlich rund 13 000 einreisenden Per-

sonen weiß der Staat nicht, wen er vor sich hat. Er ist vor allem auf die Erzählung des Ankömmlings angewiesen. Nach vorsichtigen Schätzungen sind gegenwärtig rund 65 Millionen Menschen unterwegs, von denen nur ein ganz geringer Teil unter die übliche Flüchtlingsdefinition fällt. Man könne gewiss nicht von 65 Millionen Einzelwanderern sprechen, gab der Kolumnist „Pankraz“ in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu bedenken. Von einer gewissen Anzahl von Migrant*innen an* entstehen eine Bewegung, die nur mit eigenem Vokabular beschrieben werden könne: „Was zur Zeit unterwegs ist, sind Angehörige von ‚gescheiterten‘ Staaten oder Stammesgemeinschaften, die es nicht vermögen oder gar nicht daran interessiert sind, ihre heimatlichen Verhältnisse in Ordnung zu bringen beziehungsweise in Ordnung zu halten. Sie wandern nun in fremde Staaten ein, nicht um sich deren Ordnung anzupassen, sondern – ganz wie einst die alten Germanen, Hunnen, Mongolen oder Amerika-Einwanderer – ihre eigenen Ordnungsvorstellungen beziehungsweise Unordnungsvorstellungen durchzusetzen.“ Selbstbewusste Sucher nach einem besseren Leben also, in welchem Land auch immer. Man muss diese zugespitzten Aussagen nicht teilen, bedenkenswert sind sie freilich allemal.

Dieser „Ansturm auf Europa“, speziell auf Deutschland, hat gravierende Folgen für das Wirtschafts- und Sozialsystem des jeweiligen Aufnahmelandes. Ende 2015 bezogen etwa eine Million „Asylanten“ Sozialhilfe, fast 170 Prozent mehr als im Vorjahr. Es kamen, anders als vielfach dargestellt, nur wenige hochqualifizierte Kräfte, die die deutsche Wirtschaft brauchen könnte. Es gilt deshalb Abschied zu nehmen von einer Legende: Die Flüchtlinge von heute werden nicht zur Grundlage eines neuen „Wirtschaftswunders“ werden. Sie werden auch kaum die „neuen Gastarbeiter“ sein, wie einige Industrielle und Politiker noch 2015 meinten. Die Prognosen

des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) sind ernüchternd. Zentrale Aussage: Flüchtlinge senken das Niveau der Bildung hierzulande, vergrößern den Anteil der so genannten Niedriglöhner und verstärken die soziale Spaltung. Damit verbietet sich von vornherein jegliche Gleichsetzung mit den meist gut ausgebildeten Fachkräften unter den Millionen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die frischen Wind in das „einheimische“ Arbeits- und Berufsleben brachten, neue Unternehmen aufbauten und das „Nachkriegswunder“ in erheblichem Maße mittrugen. Ortsnamen wie Neu Gablonz, Waldkraiburg, Neutraubling oder Bubenreuth sind Zeugnisse des Aufbauwillens der ehemaligen Habenichtse.

Und heute? Die Experten des Industrieinstituts befürchten eine Verschlechterung der „Qualifikationsstruktur in Deutschland“. Damit sei selbst dann zu rechnen, wenn ein bedeutender Teil der Ankömmlinge aus dem Krisengebieten noch Kompetenzen erwerbe und Qualifizierungsmaßnahmen absolviere. Derzeit können nur 55 Prozent der erwachsenen „Flüchtlinge“ einen Mittelschulabschluss bzw. weiterführenden Abschluss vorweisen. Neun Prozent haben nie eine Schule besucht, und 24 Prozent hätten die Schule ohne Abschluss verlassen. Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Quote der Schulabbrecher nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei etwa vier Prozent.

Um gerecht zu sein: Natürlich gibt es auch große Unterschiede unter den Ankömmlingen aus Afrika und Asien. 40 Prozent der aus Syrien kommenden Menschen können einen weiterführenden Schulabschluss vorweisen, der zumindest theoretisch mit der deutschen Hochschulreife gleichzusetzen ist. Anders sieht es bei den Afghanen aus. Mehr als ein Viertel von ihnen war nie auf einer Schule, von einem Abi-ähnlichen Abschluss können nur 17 Prozent spre-

chen. Es sind also nicht die erwünschten neuen Fachkräfte, sondern eher eine riesige Belastung vor allem des Bildungssystems. Sinkt das Niveau an den Schulen, leiden alle Schüler und schließlich auch die Wirtschaft. In Deutschland muss man also damit aufhören, von den Menschen aus den Krisengebieten dieser Welt eine Lösung des Fachkräftemangels zu erwarten. Man muss endlich damit beginnen, sich ehrlich zu machen, in Politik, Wirtschaft und natürlich auch Publizistik.

Natürlich, wer wollte das leugnen, gibt es gewisse Parallelen zwischen „damals“ und „heute“. Das Lastenausgleichsgesetz (LAG) aus dem Jahr 1952, durch das über Vermögensabgaben der „Einheimischen“ den „Neubürgern“ geholfen wurde, schürte Ressentiments. Auch damals gab es Klagen über eine Bevorzugung - der Vertriebenen und Flüchtlinge. Dabei ging es gar nicht um eine Entschädigung im Wortsinne für das verlorene Vermögen, lediglich um eine Starthilfe. Davon haben beide Seiten profitiert. Dem Aufnahmeland kam, wie erwähnt, die meist gute Ausbildung und Qualifikation der Vertriebenen und Flüchtlinge zugute. Das markiert schon einen Unterschied zu heute. Die Parole kann deshalb nur lauten: Bildung, Bildung, Bildung! Auch wenn die strukturellen Bedingungen für „Integration“ heute viel besser sind als zu den Zeiten, als die Deutschen aus dem Osten kamen. Und man kann das Faktum nicht einfach wegwischen, dass die kulturellen Gräben diesmal objektiv größer und tiefer sind als in der deutschen Nachkriegszeit.

Zusammengefasst: Vergleichen und Gleichsetzen sind zwei paar Stiefel. Das wird von manchen Zeitgenossen beharrlich negiert, die – aus welchen Motiven auch immer – eine direkte Linie von den Vertriebenen von damals und den Asylbewerbern bzw. „Flüchtlingen“ von heute ziehen und ihre Meinung in die Welt hinausposaunen:

Was seinerzeit möglich gewesen ist, dürfte doch heute kein Problem sein. Ein fataler Fehlschluss. Es kann gar nicht oft genug wiederholt werden, dass damals Menschen gleicher Zunge und gleicher Kultur ankamen. Der überwiegende Teil der Neuankömmlinge hingegen hat die ganze ideologische und politische Zerrissenheit der arabischen, afrikanischen oder asiatischen Herkunftsgesellschaft mit im Gepäck. Integration wird so zu einer politischen und ökonomischen Mammutaufgabe, auch wenn die Verhältnisse anders sind als in den späten 1940er Jahren. Ost- und Sudetendeutsche haben allen Versuchen der Radikalisierung widerstanden, obwohl, wie erwähnt, von einer „Willkommenskultur“ nicht die Rede sein konnte. Vom Wohlstand verwöhnte Generationen haben aus ihren Köpfen die Erinnerung an den „Homo barackensis“ gelöscht, an den Vertriebenen oder Flüchtling, der mit den Seinen bis Mitte der 1960er Jahre in Barackenlagern oder Nissenhütten an der Peripherie deutscher Städte leben musste. Das Elend dieser Menschen hat nicht zum Entstehen von Parallelgesellschaften geführt. Dieses Phänomen ist neu.

Es waren überwiegend leistungsbereite Landsleute, die keine hohen Ansprüche stellten, aber oft rassistische Vorurteile gegen „die aus dem Osten“ zu spüren bekamen, was – anders als im Falle der „Flüchtlinge“ von heute – nur selten von Gerichten oder Behörden gerügt wurde. Ihre Integration mussten sie sich zäh erkämpfen. Sie fielen auf durch Unauffälligkeit. Sie suchten die Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft. Vielen Kindern von Vertriebenen wurde einbläut: Streng dich an, du musst besser sein als deine einheimischen Altersgenossen.

Natürlich waren es nicht alle Heilige, die in Rumpfdeutschland Fuß zu fassen suchten. Aber das ist der große Unterschied zu heute: Unter ihnen befanden sich keine „Gefährder“ oder sonstige Gewalt-

täter, die man mittels elektronischer Fußfesseln zur Raison bringen musste. Anschläge wurden von ihnen weder geplant noch ausgeführt. Sie waren weder als Rauschgiftdealer unterwegs, noch sind sie durch falsche Identitäten aufgefallen.

Gernot Facius (Jahrgang 1942) arbeitete von 1976 bis 2013 für die



Tageszeitung DIE WELT in Bonn und Berlin. Er war u.a. stellvertretender Chefredakteur und Autor für den Bereich Religion und Gesellschaft. Ende 2015 erschien von ihm das Buch „Getäuscht und allein gelassen – Die deutschen Vertriebenen: Von Opferverbänden zu Trachtenvereinen?“